

Atomwirtschaft**Prozess um Atomsубventionen für Hinkley Point C beginnt****Unternehmensbündnis hat Klage gegen EU-Kommission eingereicht**

Ein Bündnis aus Ökostromanbietern und Stadtwerken hat am 15. Juli 2015 beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg Klage gegen Subventionen für das geplante britische Atomkraftwerk Hinkley Point C eingereicht. Zehn Unternehmen aus Deutschland und Österreich gehen damit wie angekündigt juristisch gegen die EU-Kommission vor. Diese hatte die umstrittenen Beihilfen im vergangenen Jahr genehmigt. Das Klagebündnis wirft der Kommission hierbei Rechts- und Verfahrensfehler vor. Zudem befürchten die Kläger, das weit mehr als 100 Milliarden Euro umfassende Subventionspaket für Hinkley Point C könnte zusammen mit weiteren AKW-Projekten den europäischen Energiemarkt massiv verzerren und der riskanten Atomtechnik Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Zusammen mit dem Hamburger Ökoenergieanbieter Greenpeace Energy eG ziehen die österreichische oekostrom AG sowie die Stadtwerke Aalen, Bietigheim-Bissingen, Bochum, die Energieversorgung Filstal, Mainz, Mühlacker, Schwäbisch Hall und Tübingen nun vor Gericht. „Wir sehen die Gefahr, dass die europäischen Strommärkte künftig mit hoch subventioniertem Atomstrom geflutet werden könnten und regionale, hocheffiziente und ökologische Stromproduktion aus dem Markt gedrängt wird“, sagt Dr. Achim Kötzle, energiewirtschaftlicher Geschäftsführer der Stadtwerke Tübingen. Aus Sicht der Stadtwerke leidet insbesondere die Wirtschaftlichkeit dezentraler Erzeugungsanlagen unter den geplanten Atomsубventionen.

Das Klagebündnis hatte wissenschaftliche Studien beauftragt, denen zufolge sich allein die staatlich garantierten Vergütungen für Atomstrom aus Hinkley Point C auf rund 108 Milliarden Euro summieren. Die geplanten Garantievergütungen sind mit umgerechnet 12 Euro-Cent pro Kilowattstunde dreimal so hoch wie der Marktpreis und sollen – angepasst an die Inflation – für 35 Jahre garantiert werden. Diese hohen Subventionen für ein einzelnes AKW beeinflussen durch den grenzüberschreitenden europäischen Stromhandel auch den Markt in Deutschland – mit der Folge, dass die Großhandelspreise für Strom hierzulande sinken. Dies aber führt zu Wettbewerbsnachteilen und Mindererlösen für andere Versorger wie auch für Anbieter von erneuerbaren Energien.

Falls weitere EU-Staaten wie geplant das britische Beihilfemodell für eigene AKW-Projekte übernehmen, könnte diese Preisverzerrung in Deutschland sogar bis zu zwölf Prozent betragen und so zu massiven Verwerfungen auf dem Strommarkt und auch zu höheren Endkundenpreisen führen, wird erklärt. Denn die drohende Marktverzerrung führe zu Mehrausgaben für das EEG-System, weil höhere Ausgleichszahlungen fällig werden. Dies belastet besonders Privathaushalte und mittelständische Unternehmen in Deutschland.

„Weder hat die Kommission die weitreichenden Folgen ihrer Subventionsgenehmigung ausreichend analysiert, noch hat sie etwa berücksichtigt, dass es für Hinkley Point C keine Ausschreibung gab und auch kein generelles Markt-

versagen vorlag, welches Beihilfen überhaupt rechtfertigen würde“, sagt Dr. Dörte Fouquet, Rechtsanwältin und Partnerin der international tätigen Kanzlei Becker Büttner Held, die die Klagegemeinschaft vor dem Gericht vertritt.

Bereits zuvor hatte die Republik Österreich eine eigene Klage gegen die Subventionsentscheidung für Hinkley Point C eingereicht und auch Luxemburg hatte juristische Schritte

angekündigt. Die deutsche Bundesregierung weigert sich dagegen bisher, ebenfalls gerichtlich gegen die umstrittene Subventionsentscheidung vorzugehen und macht dafür vor allem politische Gründe geltend. Die Frist, innerhalb derer Staaten oder Unternehmen gegen die Entscheidung der EU-Kommission klagen können, lief bis zum 23. Juli 2015.

www.greenpeace-energy.de ●

Atomwirtschaft**Schlechte Aussichten für die Atomindustrie****World Nuclear Industry Status Report 2015 veröffentlicht**

Ihren neuen Jahresbericht über den Zustand der Atomenergiewirtschaft in der Welt publizierten am 15. Juli 2015 die Energieberater Mycle Schneider und Antony Froggatt. Auch 2015 kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß die Atomenergie ein Auslaufmodell ist und sie sich weltweit auf Talfahrt befindet. Der in London vorgestellte Bericht beschreibt die desolante Situation der Atombranche. Unzählige Atomkraftwerke sind demnach überaltert und müssen deshalb bald vom Netz genommen werden. Mehr als die Hälfte der Reaktoren sind bereits länger als 30 Jahre in Betrieb. Zahlreichen Ländern fehlt die Expertise im Umgang mit diesem Sicherheitsrisiko.

Diverse Atomkonzerne befinden sich zudem in einer finanziellen Krise. So ist beispielsweise der Aktienkurs des einst führenden französischen Unternehmens AREVA im Vergleich zu 2007 um 90 Prozent eingebrochen. Auch werden AKW-Neubauten kaum mehr in Angriff genommen. Grund dafür sind unter anderem Kostenexplosionen und jahrelange

Verzögerungen bei den bereits im Bau befindlichen Reaktoren. Bei 47 von 62 Reaktorbauten gab es Verzögerungen, fünf der Meiler sind bereits seit mehr als 30 Jahren im Konstruktionszustand. Bislang konnte weltweit noch kein einziges AKW der Generation III+ fertiggestellt werden, beschreibt der Bericht.

Der Statusreport zeigt auch, wie in verschiedenen Ländern das Ende der Atomkraft-Ära naht: Schweden will ältere AKWs früher als geplant herunterfahren. Frankreich hat beschlossen, den Atomstrom-Anteil von heute 77 Prozent bis 2050 auf 50 Prozent zu senken. Deutschland und Belgien haben einen genauen Ausstiegsplan bis 2022 bzw. 2025.

„Wenn wir die Beliebtheit der Kernkraft unter den Politikern, Journalisten und der breiten Öffentlichkeit und ihren faktischen Rückgang beobachten, der die Existenz der Schlüsselbetriebe in diesem Fachgebiet gefährdet, finden wir nur schwer eine Erklärung dafür. Auf jeden Fall zeigt sich, daß die Projekte vom Typ des bri-